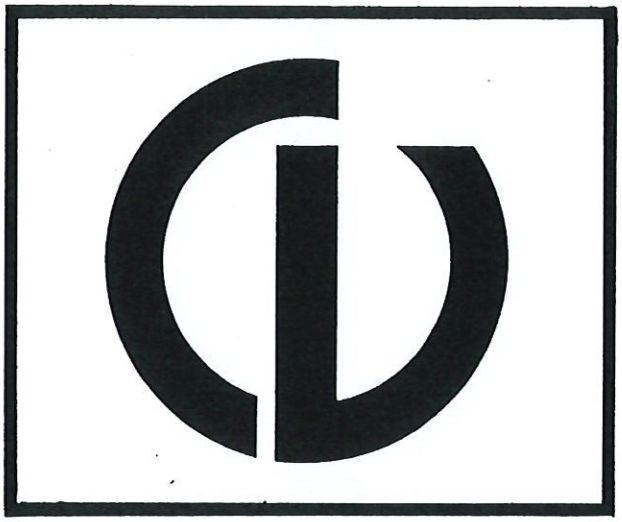

JAHRESBERICHT 1996/97

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.

Verband der Chemischen Industrie e.V. Landesverband Bayern

VBCI

Innstraße 15, 81679 München
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33

Standort Deutschland und Globalisierung

Die Chemieindustrie befindet sich weltweit in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Das Karussell von Fusionen, Kooperationen und Gesellschafter-Wechseln drehte sich noch nie so schnell wie in den letzten ca. 18 Monaten, allein über 500 Transaktionen erfolgten 1996. In äußerst kurzen Zeitabständen werden immer neue Milliarden-Deals bekanntgegeben. Die Ursache dieser Entwicklung ist die Globalisierung der Märkte, die die Optimierung der Kostenstrukturen und die Konzentration auf die Kerngeschäfte erzwingt, um europa- oder weltweit Marktpositionen erreichen oder halten zu können. Am Standort Deutschland heißt Globalisierung meist Verlust von Arbeitsplätzen.

All das, was früher einen Standort von der allzu rauhen Wirklichkeit des Weltmarktes geschützt hat, existiert nicht mehr. Die Handelshemmnisse sind bis auf Rudimente abgebaut, die Grenzen für den Kapitalverkehr gefallen. Nimmt man dazu noch die gigantischen Fortschritte in der Kommunikations- und Informationstechnik, dann hat man sich die wesentlichen Zutaten vergegenwärtigt, die die Globalisierung ausmachen.

Volkswirtschaftliche Analysen ohne Rezepte, Lamentieren ohne konstruktive Lösungsvorschläge und Besitzstandsdenken ohne zukunftsorientierte Gestaltungsbereitschaft helfen genauso wenig wie Schuldzuweisungen an andere. Nur die Gesellschaft auf allen Ebenen wird die Schwierigkeiten meistern können, wenn sie auch vor vermeintlichen Tabus nicht Einhalt macht, wenn sie auch finanzielle Einbußen in Kauf zu nehmen bereit ist.

Eine rein volkswirtschaftliche Betrachtung negiert die betriebswirtschaftlich angelegte Entscheidungsfindung in den Unternehmen. Keine Macht der Welt, keine noch so wohlgemeinten moralischen Appelle können verhindern, daß Produkte, deren Erlöse nicht ausreichend sind, nicht mehr hergestellt werden (Stichwort: negative Standortfaktoren). „Made in Germany" hat als Garant für Arbeitsplätze im Inland ausgedient.

Derzeit prägen starke Freizeitorientierung, Sicherheits- und Anspruchsdenken sowie mangelnde Flexibilität und Mobilität das Bild. Die Zukunft des Standorts Deutschland zu sichern verlangt aber rasches Umdenken. Mehr Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung, mehr Mut zur Zukunft, auch zum Risiko, sind unverzichtbar. Fortschritt von Wissenschaft und Technik ist zu befürworten – dies ist der Schlüssel für die Zukunftsgestaltung und die Entschärfung der globalen Verteilungskonflikte. Verkrustete Strukturen müssen aufgebrochen werden, der Wille zum Erfolg und eine optimistische Grundeinstellung wieder dominieren.

Die Politik muß die Parteibrillen abnehmen, den Gedanken an die nächsten Wahlen verdrängen und handeln. Wer blockiert, gehört permanent an den öffentlichen Pranger gestellt.

Die unumkehrbare Entwicklung der Globalisierung von Unternehmen kann nur als Chance begriffen werden, die u. a. auch inländische Arbeitsplätze sichern kann. Es ist eine gewaltige Herausforderung, doch sie ist gemeinsam am Standort Deutschland erfolgreich zu meistern, wenn man nicht die Schwächen beklagt, sondern sich auf die Stärken besinnt, Besitzstände über Bord wirft und Veränderungen als unabdingbar akzeptiert.

Zukunftsorientierte Tarifpolitik

Mit dem am 3.6.97 erzielten Tarifergebnis wurde eine neue Qualität in der Flexibilisierung erreicht. Die ab 1.1.98 gültige, als Novität in der deutschen Tariflandschaft zu bezeichnende Öffnungsklausel ermöglicht die befristete Unterschreitung der Tarifentgelte durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien. Die neue Bestimmung im Bundesentgelttarifvertrag ist keine Notfall- oder Härteklausel. Voraussetzung für ihre Anwendung ist die Sicherung der Beschäftigung oder die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland. Im Tarifvertrag sind beispielhaft genannt beschäftigungserhaltende oder -fördernde Investitionen am Standort sowie die Vermeidung von Entlassungen, Produktionsverlagerungen, Auslandsinvestitionen oder Ausgliederungen. Der Spielraum für die betrieblich zu vereinbarenden Entgeltsätze beträgt bis zu 10%, eine Kombination mit anderen, schon gültigen Öffnungsklauseln ist möglich.

Als Korrelat zur Öffnung nach unten vereinbarte man eine Tariferwartungsklausel. Die Tarifvertragsparteien gehen gemeinsam davon aus, daß Arbeitgeber, deren wirtschaftliche Situation dies erlaubt, ihre Beschäftigten am Unternehmenserfolg freiwillig beteiligen. Dabei dachte man insbesondere an Einmalzahlungen. Der Arbeitgeber muß zwar zu Gesprächen über diese Thematik bereit sein, entscheidet aber allein darüber, ob und wie er seine Arbeitnehmer an besonderen Ertragsentwicklungen, die auf das operative Geschäft am Standort Deutschland zurückzuführen sind, partizipieren läßt.

Mit der Neuregelung wurde erstmals in Deutschland in einer großen Branche auch im materiellen Bereich der Tarifentgelte eine Flexibilisierung geschaffen. Die Reform des Flächentarifvertrages ist mit dem Entgeltkorridor vorangebracht worden. Die Schutzfunktion des Flächentarifvertrags bleibt erhalten – gleichzeitig sind auf betrieblicher Ebene neu gewonnene Spielräume mit arbeitsplatz- und standortsichernden Instrumentarien verknüpft worden.

Die neuen Gestaltungsmöglichkeiten auf betrieblicher Ebene müssen pragmatisch umgesetzt, entsprechende Erfahrungen erst noch gemacht werden. Sie stellen aber die notwendige Hilfe für die Unternehmen und die Arbeitnehmer dar, um im harten internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können.

Den Chemie-Firmen steht nun ein Konglomerat von Möglichkeiten im Rahmen des Tarifvertrags zur Verfügung, die sowohl das starre und engmaschige Tarifgeflecht lockern, wie auch Kostenentlastungen nach sich ziehen. Es handelt sich dabei um folgende Tarifkomplexe: Arbeitszeit-Flexibilisierungs-Modelle mit Verteilzeiträumen von 12 Monaten bis zu 3 Jahren / Arbeitszeitdifferenzierung mit Korridor zwischen 35 und 40 Stunden / abgesenkte Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose / Freizeitausgleich bei Mehrarbeit ohne Zuschläge / Entgeltfort- und Urlaubsentgeltzahlung ohne Mehrarbeit bzw. Zuschlag / Altersteilzeitregelung für Arbeitnehmer ab 55. Lebensjahr mit abgesenkten Bezügen / Jahresschlußzahlung für alle Arbeitnehmer um 5% auf 95% gesenkt plus Öffnungsklausel zur Kürzung in wirtschaftlichen Notlagen.

Die reformorientierten Kräfte im Gewerkschaftslager haben erkannt, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die Wettbewerbsfähigkeit nur mit neuen Gedanken und Rezepturen angegangen werden kann. Der jüngste Chemieabschluß dokumentiert, daß aus der richtigen Analyse auch Konsequenzen gezogen werden.

Gespaltene Chemiekonjunktur

Schwach gestartet, bis zur Jahresmitte weiter nachgelassen, in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas erholt – so läßt sich die Entwicklung in der chemischen Industrie Bayerns 1996 am ehesten beschreiben. Ihr Gesamtumsatz 1996 stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,5%, nachdem das erste Halbjahr 1996 noch mit einem Minus von 2% zu Buche schlug. Das zweite Halbjahr wird statistisch aber etwas geschönt durch den sogenannten Basiseffekt, da 1995 dieser Zeitraum besonders schlecht ausgefallen war. Der Auslandsumsatz entwickelte sich mit plus 3,9% besser als die Binnennachfrage. Mit etwa 60.500 Beschäftigten im Jahresmittel mußte nochmals ein Beschäftigungsrückgang um 1,6% verzeichnet werden. Die Produktion blieb geringfügig um 0,3% unter dem Vorjahresniveau. Die bayerische Entwicklung war trotz dieser unbefriedigenden Zahlen noch etwas günstiger als im Bundesdurchschnitt, da dort der Umsatz im Jahresmittel um 2,5% sank und die Zahl der Beschäftigten sich um 3,1% verringerte. Im Vergleich zur gesamten Industrie Bayerns blieb die Chemie beim Umsatz zurück, erwies sich allerdings bei der Beschäftigung gegenüber einem Rückgang von 3,2% in der gesamten Industrie als stabiler.

Heterogen zeigte sich die Entwicklung in den einzelnen Sparten. Während anorganische Grundstoffe um 11% zulegten und organische Grundstoffe ihren Umsatz von DM 2 Milliarden dank eines knapp 10%igen Exportwachstums halten konnten, ging die Kunststofferzeugung um 6% zurück. Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte blieben auf Vorjahresniveau bei 1,36 Milliarden DM Umsatz. Pharmazeutische Spezialitäten verbesserten sich um 13,2% auf über 3,5 Milliarden DM, im Ausland um 10,3% auf knapp 700 Mio. DM. Die in Bayern besonders bedeutsame Chemiefasererzeugung verlor erneut 6% vom Umsatz und 9% ihrer Beschäftigten. Der Inlandsabsatz macht für diese Sparte heute gerade noch ein Drittel ihrer Produktion aus, während weltweite Überkapazitäten auch den Export von Fasern erschweren.

Die Erholung der Chemiekonjunktur, die sich bereits in der zweiten Jahreshälfte 1996 andeutete, setzte sich 1997 fort. Allerdings stützen sich die positiven Anzeichen bislang überwiegend auf die Mengenentwicklung, veranlaßt durch das Auslandsgeschäft. Dieser Trend sollte im Jahresverlauf anhalten. Die Wachstumsraten werden wegen der niedrigen Vergleichswerte des Jahresanfangs 1996 voraussichtlich abflachen. Die Erzeugerpreise verharren weiterhin auf niedrigem Niveau.

Vor diesem Hintergrund setzten sich Vorstand und Wirtschaftspolitische Gremien unter Vorsitz von Dr. W. Simson in politischen Kontakten und gegenüber der Öffentlichkeit für eine Stärkung des Standortes Bayern ein. Man hofft dabei neben finanziellen Entlastungen auf vermehrte Innovation, auch durch zusätzliche Beschäftigung junger Naturwissenschaftler in den Unternehmen.

Der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie hat unter Vorsitz von W. Sassenrath im Dialog mit im Gesundheitswesen aktiven Organisationen und der Politik Pharma-Positionen verdeutlicht sowie die Umsetzung der Branchen-Vorstellungen gefordert.

Die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der Lackindustrie unter Vorsitz von B. Fritzsche führte neben den traditionellen Stammtischen zu wirtschaftspolitischen Fragestellungen einen technischen Stammtisch ein, in dem branchenweit Fachleute technische Lösungen bestehender Probleme diskutieren.

Neues Denken aus Bayern

Neue Herausforderungen an Umweltschutz, Arbeits- und Anlagensicherheit in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft erfordern innovative Instrumentarien zu ihrer Bewältigung. Die genannten Bereiche sind bisher weitestgehend geprägt von einem um juristische Perfektion bemühten Ordnungsrecht mit eigenen, von industriellen Produktionsabläufen divergierenden Strukturen. Für eigenverantwortliches Handeln fehlt Spielraum. Die Bayerischen Chemieverbände wollen dazu nötige Freiräume schaffen.

In einem Pilotprojekt im Werk Gendorf der Hoechst AG, gemeinsam mit dem bayerischen Umweltministerium unter Beteiligung weiterer Ministerien und Behörden, konnte gezeigt werden, daß bei Teilnahme am EU-Öko-Audit-System ordnungsrechtliche Umweltschutzvorgaben gleichwertig substituiert werden können – mit dem Ziel einer mittelfristigen Entlastung für diese Firmen. Erste, in diesem Sinne geänderte Verwaltungsanweisungen an die Behörden liegen vor, weitere sollen folgen. Durch die Einführung des Umweltschutzes in das betriebliche Managementsystem kann schrittweise Eigenverantwortung anstelle von Regelungsperfektionismus treten.

Ziel ist, die Arbeits- und Anlagensicherheit ebenfalls in das neue Denken zu integrieren. Dies ist Gegenstand eines Pilotprojektes „Health-and-Risk-Managementsystem" mit dem bayerischen Arbeitsministerium. In einem ganzheitlichen Pilot-Audit in Gendorf wurde bereits Praxistauglichkeit bewiesen. Durch Integration von Health-and-Risk-Managementsystem-Elementen soll in den Unternehmen eigenverantwortlich Arbeits- und Anlagensicherheit gewährleistet, damit behördliche Überwachung und Kontrolle substituiert und die unübersichtliche Regelungsvielfalt beseitigt werden.

Mit diesem Ansatz wird die chemische Industrie auch ihrem Responsible-Care-Programm (Verantwortliches Handeln) gerecht, Umweltschutz, Arbeitsschutz und Anlagensicherheit eigenverantwortlich weiter zu entwickeln. Durch die sogenannte funktional-äquivalente Substitution von Ordnungsrecht wird neuer Freiraum gewonnen, der verantwortungsvoll genutzt werden kann.

Dieses Ziel hat sich auch der Arbeitskreis Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse unter Leitung von Dr. W. Wäßle verschrieben, dessen veröffentlichter Zwischenbericht national und über die Grenzen hinaus viel Aufmerksamkeit erregte. Der Arbeitskreis hat in Umsetzung des Responsible-Care-Programms die Anwendungsmöglichkeiten der Bio- und Gentechnik sowie der nicht-enzymatischen Katalyse bei konventionellen chemischen Prozessen geprüft. Zielsetzung für die Untersuchung war der Einsatz dieser Techniken, um Ressourcen zu schonen, Umweltbelastungen zu vermeiden und den Einsatz gefährlicher Stoffe und kritischer Reaktionsbedingungen zu verhindern.
Die Untersuchung zeigte, daß diese neuen Möglichkeiten bisher nur bei bestimmten Produktgruppen systematisch genutzt wurden – ein breiter Einsatz scheiterte sowohl an hohen Umstellungskosten wie auch an teuren, instabilen Biokatalysatoren. Es wurden jedoch auch weiter verfolgenswerte Aspekte aufgezeigt, die die Kooperationen mit Hochschulen und Biotechnologie-Firmen nötig machen. Einige Mitgliedsfirmen sind schon aktiv in diesen Prozeß integriert.

Firmen Know-how – Basis für die Verbandsarbeit

Arbeitskreise sind die Basis der Verbandskompetenz in den unterschiedlichen, für Mitgliedsfirmen relevanten wirtschaftspolitischen Themenstellungen. Ihre Effektivität hängt von der Bereitschaft der Firmen ab, Angestellte für die Mitarbeit in diesen Zirkeln freizustellen. In den Arbeitskreisen „Berufsausbildung", „Umweltfragen", „Energie", „Öffentlichkeitsarbeit", „Nachwachsende Rohstoffe", „Kunststoff-Recycling" und „Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse" der Bayerischen Chemieverbände sind rund 30 Unternehmen durch Repräsentanten vertreten, die ihr praxisorientiertes Know-how zum Nutzen der gemeinsamen Interessenvertretung einbringen. Unter Moderation der Vorsitzenden Dr. H. Hartung, Dr. E. Sommer, H. Gehrcke, Dr. J. F. Kammer, Dr. H.-G. Smolka, Dr. W. Frey und Dr. W. Wäßle werden anstehende aktuelle Probleme angegangen, die z.T. auch unterschiedlichen Standpunkte gebündelt und dann abgestimmte Lösungsansätze nach außen vertreten. Neben den institutionalisierten Arbeitskreisen gibt es viele Ad-hoc-Ausschüsse und andere Gremien, die genauso zum Wohle aller Mitglieder tätig sind – beispielhaft genannt sei der vom Vorstand gebildete „Expertenkreis Deregulierung" mit diversen Arbeitsgruppen.

Der Expertenkreis Deregulierung hatte seit Jahren Vorschläge für Deregulierung und Stärkung der unternehmerischen Eigenverantwortung unterbreitet. Die Bayerische Staatsregierung zeigte sich dafür offen – sie war und ist bereit, neue Wege zu gehen (Umweltpakt Bayern). Auf Basis der vom Expertenkreis vorgelegten Auflistungen von Melde- und Dokumentationspflichten wurden in den Bereichen Immission, Wasser, Abfall, Lärm und Strahlenschutz mit den zuständigen Behörden in vielen, zum Teil langwierigen Verhandlungsrunden Vereinfachungsmöglichkeiten bzw. Entbehrlichkeiten eruiert. Die Ergebnisse werden derzeit, so die Zusage des Umweltministeriums, in Verwaltungsanweisungen eingeführt bzw. in Bundesratsinitiativen umgesetzt.

Das Arbeitsministerium hat in seinem Zuständigkeitsbereich mittlerweile in Ergänzung zu den Verbandsvorschlägen weitere Melde- und Dokumentationspflichten identifiziert. Eine neue umfassende Liste wird derzeit vom Expertenkreis mit Behördenvertretern mit dem Ziel der Vereinfachung abgearbeitet. Mit der Berufsgenossenschaft Chemie wurden erste Gespräche in diesem Sinne geführt.

Parallel dazu suchen Verbandsexperten gemeinsam mit dem Umweltministerium in weiteren Bereichen nach moderaten Lösungen. Genannt seien aus der letzten Zeit die Anlagenverordnung (VAwS) nebst Verwaltungsvorschrift, die rasche Umsetzung des Bundesrechts zur Verfahrensbeschleunigung, eine Neufassung der Vollzugsbekanntmachung zum BImSchG und die Vereinfachung bei der Emissionserklärung und der TA Luft zum Rohgas/Reingas-Bezug.

Dabei stößt man immer häufiger auf Festlegungen der Länderarbeitsgemeinschaften für Immissionsschutz (LAI), Abfall (LAGA) sowie Wasser (LAWA). Diese bundesländerübergreifenden Informationskreise von Fachbeamten beschließen Gesetzesauslegungen. Sie erweisen sich hinsichtlich Vereinfachung und Entbürokratisierung häufig als praxisfern. Bayern hat dieser Entwicklung Rechnung getragen. Länderausschußempfehlungen werden nicht mehr per se umgesetzt – man ist bereit, eigene pragmatische Wege zu gehen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Frage nach der Zukunft der chemischen Industrie in unserem Lande hat einen Wandel erfahren. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde sie durch die weithin ideologisch geführte Umweltauseinandersetzung bestimmt, in der die chemische Industrie eine Hauptzielgruppe bildete. Sie erreichte bei uns eine Intensität wie sonst nirgends in der Welt. Einzelne Gruppen legitimierten damit ihr Bestehen und pflegten diese Gegnerschaft auch als Quelle für finanzielle Zuwendungen (Greenpeace). Politische und gesellschaftliche Gruppierungen machten sich ihre Forderungen zu eigen, um sich so als modern und verantwortungsbewußt auszuweisen. Allgemein löste es große Genugtuung aus, wenn irgendwo eine chemische Produktion eingestellt wurde.

War man früher in Deutschland stolz auf die chemische Industrie, hatte man es in den letzten ca. 20 Jahren mit einer aggressiven Gegnerschaft zu tun. Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der chemischen Industrie stellte sich nach Anfangsschwierigkeiten auf diese zunächst ungewohnte Situation ein. Infomation und Dialogbereitschaft wurden ausgebaut und gepflegt.

Auch heute wird die Frage nach der Zukunft der chemischen Industrie wieder intensiv gestellt – aber die Beweggründe dafür und die Zielrichtung der Fragestellung haben sich gewandelt. Es geht nicht mehr um die Akzeptanz. Jetzt sorgen sich viele um den Fortbestand einer leistungsfähigen chemischen Industrie als einer der wenigen international konkurrenzfähigen High-Tech-Branchen, die Deutschland noch verblieben sind.

Die Auseinandersetzung um den richtigen Weg, den Staat, Volkswirtschaft und Gesellschaft einzuschlagen haben, um die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit im weltweiten Maßstab wiederherzustellen, verlangt eine Neuausrichtung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit im Verband und in den einzelnen Mitgliedsunternehmen. Der Verlauf der Diskussion um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat offenkundig werden lassen, wie wenig die Wirtschaft in der Lage war, Standpunkte einem breiteren Publikum, ja selbst den Mitarbeitern zu vermitteln und zu erläutern. Gerade weil die Arbeitgeberseite effizientes politisches Handeln zu ihrer Unterstützung braucht, muß für ihre Forderungen und Lösungsvorschläge eine möglichst breite Basis gewonnen werden. Die Wirtschaft muß sich in die öffentliche Auseinandersetzung um die Zukunft des Landes noch viel stärker als bisher einschalten.

Der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit und der Kreis der PR-Beauftragten bayerischer Chemiefirmen hat, jeweils unter Vorsitz von Dr. J. F. Kammer, diesen neuen Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit aufgegriffen und Vorbereitungen getroffen, um die Probleme und Branchen-Vorstellungen in ihrem Gesamtkontext zu verdeutlichen, weitergehende Zusammenhänge und Konsequenzen verständlich zu machen und damit zur Auseinandersetzung mit konträren Standpunkten zu befähigen. Dialogfähigkeit und -bereitschaft müssen deswegen möglichst in vielen Firmen noch intensiver als bisher aktiviert werden. Umfassende Veränderungen verlangen nach ethischer Fundierung – sie müssen sich an der Werteordnung messen lassen. Auch in diesem Sinne hat der AK Öffentlichkeitsarbeit besonders den Dialog mit den Kirchen gepflegt. Gespräche müssen aber mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppierungen erfolgen – der Themenbogen ist breit zu spannen und muß insbesondere zukunftsorientierte Themen wie z. B. die Bio- und Gentechnik umfassen.

Beschäftigungsorientierte Sozialpolitik?

Bis zum Jahr 2000 zwei Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Sozialversicherungsbeiträge sowie die viel zu hohe Staatsquote deutlich zu senken, ist seit Anfang 1996 das erklärte Ziel der deutschen Sozialpolitik. Zahlreiche gesetzliche Neuregelungen sind mittlerweile in Kraft getreten, den hohen Anspruch einer beschäftigungsorientierten Sozialpolitik können diese Reformen jedoch nur bedingt erfüllen.

Positive Ansätze enthält das am 1.10.1996 in Kraft getretene „Arbeitsrechtliche Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung". Die neu geregelte Zulässigkeit von länger andauernden bzw. verlängerten befristeten Arbeitsverhältnissen, die Anhebung des Schwellenwertes für die Geltung des Kündigungsschutzgesetzes und die für mehr Rechtssicherheit sorgende, eindeutige Definition der Sozialauswahlkriterien bei der betriebsbedingten Kündigung sind durchaus geeignet, Einstellungshemmnisse abzubauen. Die ebenfalls im Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz normierte Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verlagerte sich in fast allen Branchen als zentrales Problem in die Tarifverhandlungen. 100 % Entgeltfortzahlung im Tarifvertrag wurden meist kollektiv, zum Teil auch individuell kompensiert und reduzierten damit die Personalzusatzkosten, die wegen ihrer Höhe ein negatives Standortkriterium darstellen.

Das „Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand" ist ambivalent zu beurteilen. Einerseits bietet es Grundlage und Voraussetzung für den Altersteilzeit-Tarifvertrag in der chemischen Industrie, ist damit Katalysator für die Beschäftigung jüngerer Arbeitnehmer und ermöglicht die Veränderung der Altersstruktur in den Betrieben. Andererseits sind die Anhebungen der Altersgrenzen für den Renteneintritt als ein gravierender finanzieller Hemmschuh für die Inanspruchnahme der Altersteilzeit zu werten. Außerdem sind die Kriterien für die Zuschußregelung bei Wiederbesetzung der freigemachten Arbeitsplätze zu eng und wirken damit dem Ziel einer Beschäftigungsförderung entgegen.

Nachhaltige Kritik muß für das am 1.04.1997 in Kraft getretene „Arbeitsförderungsreformgesetz" geäußert werden. Neue arbeitsmarktpolitische Instrumente, wie besondere Trainingsmaßnahmen, Schaffung eines förderungsfähigen Eingliederungsvertrags sowie Einstellungszuschüsse bei Neugründungen wiegen die, wenn auch aufgrund von Übergangsregelungen meist erst ab April 1999 platzgreifende, hälftige Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld nicht auf. Besonders schwerwiegend ist hierbei, daß die Neuregelung vornehmlich ältere Mitarbeiter, deren Ausscheiden sozial verträglich gestaltet werden konnte, gegenüber jüngeren benachteiligt. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch die seit April dieses Jahres geltende, verschärfte Weisungslage der Arbeitsämter hinsichtlich der Verhängung von Sperrzeiten bzw. die im Rahmen der Steuerreform 1999 vorgesehene Besteuerung von Abfindungen.

Eine beschäftigungsorientierte Sozialpolitik ist also noch nicht durch einschneidende Neuregelungen auf den Weg gebracht worden. Gesetzliche Sperren und Hemmnisse müssen abgebaut werden, um das deklarierte Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze erreichen zu können. Die Eindämmung der staatlichen Regelungswut ist für die Wirtschaft das beste Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm – dies muß auch für die Sozialpolitik die Maxime sein.

Gremien 1995 - 1997 (Stand Mai 1997)

Ehrenmitglieder (VBCI und LV-VCI)

Ekkehard Maurer, Icking
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und LV-VCI)

Dr. Wilhelm Simson, Trostberg (Vorsitzender)

Dr. Jürgen F. Kammer, München
Dr. Klaus von Lindeiner, München
Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim
Dr. Hans Seidl, Pullach
Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen
Dipl.-Ing. Johannes Uiterwaal, Obernburg
Dr. Werner Wäßle, Penzberg

Gesellschafts- und Tarifpolitischer Ausschuß (VBCI)

Dr. Hans Seidl, Pullach (Vorsitzender)

Dipl.-Ing. Manfred Hillenbrand, Hallstadt
Wil Ernst Huth, Starnberg
Dipl.-Ing. Manfred Keiler, Gersthofen
Gerd Keller, Burghausen
Dr. Kurt Kurre, Töging
Werner de Roi, Breuberg
Dr. Walter Schellenberg, München
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Fritz Wax, Poing

Beirat (LV-VCI)

Günter Frankenne, Nürnberg
Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Landshut
Dipl.-Ing. Manfred Keiler, Gersthofen
Franz Miller, Augsburg
Dr. Heinzhorst Möbius, Kelheim
Dr. Germán Paul, München
Harald Seeberg, München
Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen

Wirtschaftspolitischer Ausschuß (VBCI)

Dr. Dietrich Buntrock, München
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg
Dr. Peter Ehrentraut, Neu-Ulm
Horst Gehrcke, Ingolstadt
Dipl.-Ing. Hans Heß, Nürnberg
Dipl.-Kfm. Dieter Poech, Trostberg
Dr. Michael Rosenthal, München
Wolfgang Schumann, Geretsried
Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Zippel, München

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuß (VBCI)
Bernhard Gerstenberg, München (Vorsitzender)

Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen
Dipl.-Kfm. Günter Blust, Kirchheim
Uwe Dittrich, Töging
Dipl.-Kfm. Anton Graf Esterházy, München
Assessor Albert Franz, Obernburg
Hubert Friedmann, Penzberg
RA Gerhard Grassl, München
Assessor Hermann Kahlich, München
Assessorin Gabriele Kutz-Wenzel, Pullach
Guido Malzkorn, München
Jochen Müller, Hallstadt
Mario Ott, Ingolstadt
Dipl.-Bw. Meinolf Pousset, Trostberg
Dr. Jürgen Schneider, Nürnberg
Prof. Dr. Karlheinz Schüssler, München
Lutz Steinmetz, Neu-Ulm
Dipl.-Bw. Hermann Straßer, Burghausen
Dipl.-Bw. Dieter Tausend, Peißenberg
Hajo Timpke, Ismaning
RA Jörg von Uckermann, Wolfratshausen
Jürgen Uhrhan, Burghausen

Ältestenrat (VBCI) Ekkehard Maurer, Icking (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München
Carl Hans Dürschmidt, Kitzbühel
Dr. Friedhelm Finke, Icking
Dipl.-Ing. Wolf Dietrich Frowein, Prien
Dr. Helmut Gruber, Burghausen
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Höllriegelskreuth
Dr. Werner Kalb, München
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß
Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg
Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg
Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Obernburg
Dr. Walter Ringer, Lenggries
Dr. Oskar Roscher, Burghausen
Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking
Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg
Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Karl Wamsler, Pöcking
Dr. Günter Weiland, München

Arbeitskreise / Vorsitz

Berufsausbildung (VBCI) Dr. Herbert Hartung, Burgkirchen
Umweltfragen (LV-VCI) Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen
Energiepolitik (LV-VCI) Horst Gehrcke, Ingolstadt
Öffentlichkeitsarbeit (LV-VCI) Dr. Jürgen F. Kammer, München
Kunststoff-Recycling (LV-VCI) Dr. Werner Frey, Ismaning
Nachwachsende Rohstoffe (LV-VCI) Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen
Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse (LV-VCI) Dr. Werner Wäßle, Penzberg

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern
Vorsitz: Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim
Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern
Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Landshut

Geschäftsführung (VBCI und LV-VCI)
Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):
Assessor Helmut Köhnlein
Franz Xaver Völkl

Stv. Geschäftsführer (LV-VCI):
Dr. rer. nat. Josef L. Geller

Referenten (VBCI):
Assessorin Christiane Hönig-Achhammer
Assessor Holger Kaiser
Assessor Stefan Mößner
Robert Schuder